

URL: http://www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/lokalausgaben/salzwedel/?em_cnt=1850790

Diesdorfer Rat mehrheitlich gegen geplante CO2-Verpressung / Deteff Bill:

Sind nicht sicher, ob Vorhaben sicher ist

Von Anke Pelczarski

Der Gemeinderat Diesdorf schließt sich mehrheitlich der Resolution des Kreistages zur beabsichtigten Verpressung von CO2 im Untergrund an. Vorausgegangen waren Informationen durch ein Mitglied der Bürgerinitiative (BI) "Kein CO2-Endlager Altmark" und intensive Diskussionen.

Diesdorf. Stefan Quisdorf von der BI schaffte es gerade rechtzeitig, zu diesem Tagesordnungspunkt im Diesdorfer Rathaus zu sein. Er informierte, dass GdF Suez und Vattenfall die Speicher in der Altmark nutzen wollen, um verunreinigtes CO2 in den Untergrund zu verpressen. Dieses würde unter anderem Quecksilber und Arsen enthalten. Bei dem Projekt handele es sich um ein Experiment. Es gebe keine Erfahrungswerte. "Die BI hat Bedenken, dass das verdrängte stark salzhaltige Tiefengewässer in höhere Schichten gelangen könnte und sich dort mit anderem Verpressten vermischt", sagte er. Es bestehe die Befürchtung, dass das Grundwasser nicht nur salzig werde, sondern sich mit gefährlichen Stoffen vermische. Zudem sei bislang nicht untersucht worden, inwieweit das CO2 durch sogenannte Leckagen entweichen könne. "Was die Region hier braucht, ist die Ausrichtung auf erneuerbare Energien", machte Stefan Quisdorf deutlich.

"Ich will nicht vor jedem Haus ein Windrad sehen", entgegnete Udo Riechmann, Interessenvertreter von Neuekrug, der zu DDR-Zeiten selbst in einem Bohrfeld tätig war. Für ihn stelle das Vorhaben der beiden Firmen die Möglichkeit dar, mal auszutesten, ob die Technologie funktioniere. "Deutschland war mal ein Hochtechnologieland. Doch wir entwickeln uns zu einem Land der Bürgerinitiativen", fügte er hinzu.

Ratsherr Dr. Tino Fuhrmann wünschte sich eine sachliche Bewertung, die er dem Vortrag des BI-Vertreters nicht entnehmen konnte. Auch die Flyer seien auf Panikmache aus. So schnell würde bei austretendem CO2 keiner umkippen, weil es hier flach sei, merkte Ratsherr Ulf Knoblauch zu einem weiteren Argument des BI-Vertreters an.

Sorgen bereitet den Gegnern des Projektes zudem, dass es für einen Forschungsspeicher, wie bei Maxdorf geplant, nur ein Genehmigungs-, aber kein Planfeststellungsverfahren gebe, so Stefan Quisdorf. Und er zweifle an, dass die 408 in der öffentlichen Karte eingezeichneten Bohrlöcher wirklich alle vorhandenen seien.

Ratsherr Deteff Bill wandte sich gegen das gesamte Projekt CO2-Verpressung, "weil wir uns nicht sicher sind, ob es sicher ist". Er sei dagegen, den Kindern und Kindeskindern den Untergrund zu "versauen". Antje Gebert aus Peckensen, die BI-Mitglied ist, hat Angst vor der Tatsache, "hier auf einer Mülldeponie sitzen zu müssen". "Die Leute, die zuziehen, tun es der Natur wegen. Das ist auch ein Pfund für den Tourismus. Eine Mülldeponie unter der Erde wäre da nicht förderlich", sagte sie.

Tino Fuhrmann schlug vor, die Begründung für die Ablehnung des Projektes anders zu formulieren. "Das, was in der Vorlage des Kreistagsbeschlusses steht, hat mich nicht überzeugt", sagte der Hohengriebener. Dieser Vorschlag fand jedoch keine Unterstützung. "Die Untergrundverpressung ist gefährlich für jedes Leben. Das ist ausreichend genug", entgegnete Ratsherr Norbert Kozyk.

12 der 13 anwesenden Gemeinderäte stimmten der vorliegenden Stellungnahme zu. Tino Fuhrmann sprach sich dagegen aus. Ratsherr Daniel Rieck verabschiedete die Mitglieder der BI mit den Worten: "Kämpft weiter, damit der Mist nicht herkommt."

[document info]
Copyright © Volksstimme.de 2010
Dokument erstellt am 28.10.2010 um 05:15:08 Uhr
Erscheinungsdatum 28.10.2010 | Ausgabe: saw